

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den Tannen

Köln. Anzeiger für die Bezirke Ragnold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Ragnold u. Altensteig-Stadt

Verlagsgesellschaft. Die einpaltige Zeile ohne deren Raum 18 Hg., die Kleinzeile 45 Hg. Die teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir gegen Kassa und nach Tarif, der jedoch bei postaler Abnahme ab Konfuzen blattmäßig wird. Verlagsort: Wiesloch, Gerichtsamt Ragnold. Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatlich 1,50 RM., die Einzelnummer kostet 10 Hg. Bei Abnahme von 100 Exemplaren der Zeitung infolge des Gewalt od. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Weiterung der Zeitung. / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Teleg.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 298

Altensteig, Samstag den 20. Dezember 1930

53. Jahrgang

Brüning gegen die Beamtenhebe

Vertreter der Beamtenverbände beim Reichskanzler

Berlin, 19. Dez. Reichskanzler Dr. Brüning empfing heute in Gegenwart des Reichsministers des Innern, Dr. Wirth, und des Reichspostministers, Dr. Schädel, Vertreter der Beamten- und Spitzenorganisationen. Er hatte diese Aussprache mit ihnen erbeten, um gegen die verheerend in der Öffentlichkeit sich breit machende unverantwortliche Beamtenfeindschaft Stellung zu nehmen und die Haltung der Reichsregierung zu der Beamtenfrage klarzulegen. Der Reichskanzler erinnerte daran, daß er bereits bei Gelegenheit der Einbringung des Wirtschaftsgesetzes in seiner Rede vom 18. Oktober 1930 vor dem Reichstag von der Schicksalsverbundenheit zwischen Beamten und Staat gesprochen habe. Er habe schon damals namens der Reichsregierung versprochen, für die Erhaltung eines möglichst hohen Beamtenstandes alles in seiner Macht stehende zu tun, sowie alle unberechtigten Angriffe von ihm abzuwehren. Bei der heutigen Besprechung ging der Reichskanzler näher auf diese Frage ein und betonte, daß gerade in der heutigen schweren Zeit das Berufsbeamtenamt die zuverlässigste Stütze des Staates sein müsse. Er könne sich nicht vorstellen, wie die schweren Aufgaben ohne ein treues und zuverlässiges Berufsbeamtenamt zu lösen seien. Wesentlich über den vorgetragenen Beschwerden über die laienmännlichen Beamtenfeindschaft wies der Reichskanzler darauf hin, daß die Beamtenhebe mit vollem Recht beantragt werden könne, daß die Allgemeinheit mehr Verständnis für ihre Tätigkeit aufbringe. Die Beamtenhebe sei ihre ganze Kraft und ihre ganze Persönlichkeit für Volk und Staat ein. Ihre ausschließliche Hingabe an den öffentlichen Dienst müsse daher auch von der Öffentlichkeit anerkannt und richtig gewürdigt werden. Von jeder Seite der deutsche Beamte weit über die Grenzen seines Vaterlandes hinaus als Vorbild uneigennützigster Pflichterfüllung und Unbestechlichkeit angesehen. Er sei stets die höchste Stütze eines geordneten Staatslebens gewesen und auch in den letzten überaus schwierigen Zeiten habe die Reichsregierung auf den opferbereiten und dienstfertigen Geist der Beamtenhebe vertraut.

Namens der Reichsregierung sprach der Reichskanzler die Erwartung aus, daß die Beamtenhebe nach wie vor unverdrossen ihre ganze Arbeitskraft dem Staate hingeben. Nur dann werde es möglich sein, die gegenwärtige schwere Lage des Staates zu überwinden. Als unverantwortlich bezeichnete es der Reichskanzler, daß den Beamten die Hebe ihrer Entlohnung, die nur einer angemessenen Lebenshaltung entspreche, mißhandelt werde. Wer die Dinge wirklich objektiv beurteile, müsse zugeben, daß die heutigen Besätze nur bei paritätischer Wirtschaftsführung ausreichten. In der Öffentlichkeit werde übersehen, daß die Besätze der Beamten gesetzlich gebunden seien. Die Beamtenhebe habe nicht die Möglichkeit, ihre Besätze tariflich zu regeln und damit den jeweiligen Wirtschaftsverhältnissen anzupassen. Dieser Nachteil würde sich bei Konjunkturschwankungen zum Schaden der Beamtenhebe auswirken. Die Sanierung der gesamten öffentlichen Hand habe eine Kürzung der Beamtenhebe notwendig gemacht, die angesichts der in gewissem Umfange zweifellos gesteigerten Kaufkraft des Geldes begründet erscheine. Er vertraue mit der gesamten Reichsregierung darauf, daß die Beamtenhebe Verständnis dafür habe, daß auch sie materielle Opfer bringen müsse. Im Zuge der Weltpreisenentwicklung sei auch in Deutschland ein Herabgehen an das Preisniveau, also auch bei Löhnen und Gehältern notwendig geworden. Gerade im beamtenpolitischen Interesse sei ein etwas geringeres Gehalt bei gleichem Staatsdienst bei weitem einem unanerkannt höheren Gehalt vorzuziehen, dessen Auszahlungsmöglichkeit infolge veränderten Staatshaushalts aber mehr als zweifelhaft geworden wäre. Der Reichskanzler versicherte am Schluß seiner Ausführungen, daß die Reichsregierung die unangenehme Anararchie gegen die Beamtenhebe lebhaft bedauere. Da die Reichsregierung es nicht dulden könne, daß die Beamtenhebe zu unrecht Zielscheibe der öffentlichen Verleumdung werde, werde er, der Reichskanzler, im Interesse des Staates alles tun, um gegen die Verleumdung des Berufsbeamtenstandes vorzugehen und die schweren unberechtigten Angriffe von der Beamtenhebe mit Nachdruck abzuwehren. Die Beamtenhebe könne daher zu der Reichsregierung das größte Vertrauen haben.

Zollwaffenstillstandsabkommen vor dem Reichstag

Berlin, 20. Dezember. Die Reichsregierung hat sich, wie der „Börse-Zeitung“ berichtet, entschlossen, den gescheiterten Körperkassen das Genfer Handelsabkommen vom 21. März 1930 zur Ratifikation vorzulegen. In der Begründung der Reichsregierung zum Genfer Handelsabkommen heißt es u. a.: Die im Handelsabkommen vorgesehene Regelung beschränkt sich auf den Versuch einer gewissen Stabilisierung des bestehenden Zolltarifniveaus. Als weiteres Merkmal des Handelsabkommens ist hervorzuheben, daß es sich zwar nicht rechtlich, wohl aber tatsächlich auf europäische Staaten beschränkt. Von den durch Deutschland zu übernehmenden Verpflichtungen kommt die größte Tragweite dem Verzicht auf die Kündigung der mit

den anderen Teilnehmerstaaten abgeschlossenen Handelsverträge zu. Nicht ausgeschlossen ist die Verringerung bestehender vertraglicher Abreden im Wege der Vereinbarung mit dem jeweiligen Vertragspartner, allerdings vorbehaltlich des Ründigungsrechts betroffener dritter Staaten.

Die weitere Verpflichtung, Zollerhöhungen den Teilnehmerstaaten vor ihrer Inkraftsetzung anzuzeigen, und sich auf Verhandlungen über eine gütliche Verständigung einzulassen, kann zu Unträglichkeiten kaum Anlaß geben, da jeder Staat in von ihm als dringend angesehenen Fällen berechtigt ist, von einer Voranzeige abzusehen mit der Folge, daß auch die Verhandlungspflicht entfällt. Das im Falle von Zollerhöhungen den betreffenden Staaten zustehende Ründigungsrecht ist daher die einzige unbedingt eintretende Folge von Zollerhöhungen.

Die so getroffene Regelung ist als das Mindeste dessen anzusehen, was gefordert werden mußte, wenn das Abkommen der deutschen Ausfuhr einen gewissen Schutz gegenüber handelspolitischen Maßnahmen des Auslandes geben soll. Von dem Abkommen darf eine nicht zu unterschätzende Entlastung der deutschen Ausfuhr erwartet werden.

Dr. Curtius zur ostafrikanischen Frage

Berlin, 20. Dezember. Reichsaußenminister Dr. Curtius empfing den Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft Dr. Schneck, sowie als Vertreter des Vorstandes Dr. Hindorf, Generaldirektor Kemmer und Frau Hedwig von Bredow, Vorsitzende des Frauenbundes der Deutschen Kolonialgesellschaft. Die Abordnung überreichte eine vom großen Vorstand der Deutschen Kolonialgesellschaft einstimmig gefasste Entschließung, in der an die Reichsregierung die Aufforderung gerichtet wird, eine entschlossene, kraftvolle Politik zum Schutze der deutschen kolonialen Rechte und Ansprüche zu verfolgen. Vor allem müsse erwartet werden, daß die Reichsregierung allen Bestrebungen der englischen Regierung, den Mandatscharakter von Deutsch-Ostafrika zu verwischen, mit allem Nachdruck entgegentritt.

Der Reichsaußenminister Dr. Curtius betonte in seiner Erwiderung, daß die deutsche Regierung nach wie vor zu ihrem Memorandum von 1924 stehe, das der Erwartung Ausdruck gibt, daß Deutschland zu gegebener Zeit aktiv am Mandatssystem beteiligt werde, sowie zur Erklärung des Reichsministers Dr. Stresemann in der Reichstagsrede vom 24. 6. 1929, wonach die deutsche Wirtschaft eine Erweiterung ihrer Rohstoffbasis benötige, und zu der von ihm selbst in der Reichstagsrede vom 26. 6. 1930 abgegebenen Erklärung, daß Deutschland seine Forderung nach kolonialer Betätigung aufrecht erhalte. Er sagte zu, die Entschließung zur Kenntnis des Reichskabinetts zu bringen und sie zum Gegenstand der Behandlung im Rahmen der Gesamttauglichkeit zu machen. Zu der ostafrikanischen Frage wies Dr. Curtius auf die wiederholten, auch heute noch gültigen Erklärungen hin, die er und sein Amtsvorgänger im Reichstag abgegeben haben, daß die Reichsregierung eine tatsächliche Bedrohung des Mandatensystems mit allen Mitteln zu verhindern suchen werde.

Aus dem Reichsrat

In der Sitzung des Reichsrates wurde der Gesetzentwurf zur Verringerung des Lichtspieltheaters an den Ausschuss überwiesen. Gegen das Gesetz über den Kadenschlag am 24. Dezember wurde Einspruch erhoben und eine Entschließung angenommen, die Regierung zu ersuchen, mit möglichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf über die Arbeitsruhe am 24. Dezember vorzulegen.

Gegen die Stimmen der meisten preussischen Provinzen und bei Stimmenthaltung Thüringens wurde das Entschädigungs-gesetz für die gewerbmäßigen Stellungsvermittler angenommen. Die Tätigkeit der Vermittler von künstlerischem und artistischem Personal hört mit dem 1. Januar 1931 auf. Diese Vermittler sollen eine Entschädigung erhalten, die sich nach dem Durchschnitt ihres Einkommens aus den Jahren 1927 bis 1929 berechnet. Den Konsortienten, für die es noch keine Erbschaftsteuer gibt, soll die weitere Vermittlung erlaubt werden. Auch für die Vermittler von Haus-, Gastwirtschafts- und Landwirtschaftspersonal ist eine Entschädigung nicht vorgesehen. Sie dürfen ihre Tätigkeit noch zweieinhalb Jahre fortsetzen, wenn sie ihr Gewerbe vor 1930 begonnen oder mindestens seit 1910 ausgeübt haben. — Auf eine Beschwerde der im Beirat der Reichsmonopolverwaltung vertretenen Brenner wurde der Reichsrat den Grundpreis für das destillierte Weineisig von 61 auf 63 Mark heran.

Die Reichsbahn im November 1930

Berlin, 18. Dez. Infolge der anhaltend schlechten Wirtschaftslage ist der Personenverkehr im November weiter zurückgegangen. Die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr betrugen im Oktober 104,829 (September 118,12) Millionen Mark, aus dem Güterverkehr 260,109 (242,90) Millionen Mark und aus sonstigem 40,081 (28,77) insgesamt also 405,019 (387,88) Millionen Mark. Die Ausgaben stellten sich im Oktober auf insgesamt 408,930 (419,13) Millionen, davon für Betrieb und Unterhaltung 287,049 (298,03) Millionen und für Erneuerung der Reichseisenbahnanlagen 54,779 (58,10) Millionen. Im Oktober 1930 blieben sich die Verkehrseinnahmen auf der Höhe des Vormonats. Im ganzen blieb das Monatsergebnis unter dem des Oktobers um 73,5 Millionen Reichsmark zurück, jedoch sich die Einnahmehäufung seit Beginn des Geschäftsjahres gegenüber der gleichen Vorjahreszeit auf 630,1 Millionen Reichsmark erhöhen. Der Personalbestand betrug Ende Oktober einschließlich der Zeit- und Ausbittlarbeiter 676.341 Köpfe gegenüber 693.846 im September.

Feierlichkeiten bei der Reichsbahn

Berlin, 18. Dez. Die Meldungen über eine vom 1. Februar 1931 bevorstehende Entlassung von 25.000 Arbeitern bei der Reichsbahn sind, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, nicht zutreffend. Richtig ist, daß infolge des anhaltenden Verkehrsrückgangs der Arbeitsanfall bei der Reichsbahn zurückgegangen ist. Es fehlt zur Zeit in der Bahnunterhaltung an Arbeit für 17.000 Arbeiter und in den Ausbesserungswerken an Arbeit für 8700 Arbeiter. Um eine Entlassung dieser Arbeiter zu vermeiden, hat der Verwaltungsrat der Reichsbahn mit den Gewerkschaften Verhandlungen geschlossen mit dem Ziel, Feierlichkeiten einzuleiten. Die Gewerkschaften haben den Abschluß eines solchen Feiertagesabkommens jedoch abgelehnt.

Neue Reichsbanknoten

Berlin, 19. Dez. Die Reichsbank hat einen neuen Typ von Banknoten geschaffen, als deren erster Wert die Zwanzig Reichsmark-Note dem Verkehr nunmehr übergeben wird. Die zehn Reichsmark-Note ist in wenigen Wochen, fünftägiger, hundert- und tausender sind in Arbeit. Dem Wunsche, in den Reichsbanknoten das Schöne und Strebende des deutschen Volkes zu veranschaulichen, wurde durch die Wahl der Bildnisse entsprochen. Die hervorragende Persönlichkeit aus Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie, Handel, Wissenschaft und Kunst darstellen. Die jetzt zur Ausgabe gelangte Zwanzig Reichsmark-Note trägt das Bildnis von Werner v. Siemens, die Note zu 10 Reichsmark wird das Bildnis von Thier sein. Bei der Herstellung der neuen Noten gelangen alle technischen Neuerungen der letzten Jahre zur Anwendung. Mit der Anfertigung eines Reliefs für die Rückseite und dann des ganzen Entwurfs wurde der Bildhauer Professor Langner in Düsseldorf beauftragt. Durch Hinzu-nahme des Stadtdruckverfahrens, zu dem bisher angewandten Buchdruckverfahren ist sowohl der äußere Eindruck der Note, wie auch ihre Sicherung gegen Fälschungen noch wesentlich verbessert worden. Bei dem jetzt verwendeten Papier wurde erstmals versucht, das gestochene Porträt auf den Geldscheinen auch als Wasserzeichen erscheinen zu lassen. Das Ergebnis äußert sich in den auf gelblichen Wasserzeichen und der wesentlich erhöhten Festigkeit des Papiers, dessen Widerstandsfähigkeit das Doppelte des bisherigen beträgt.

Mussolini-Rede

Für den Ausgleich des italienischen Defizits

Rom, 18. Dez. Bei der Beratung der Gesetzesvorlage über die Herabsetzung der Beamten- und Angestelltengehälter im Senat hielt Mussolini eine Rede über die Finanz- und Wirtschaftslage und teilte mit, daß das Defizit im Rechnungsjahr 1930 auf etwa 900 Millionen geschätzt werden könne. Es sei möglich, neue Steuern einzuführen oder die bereits bestehenden zu erhöhen, denn der Steuerdruck in Italien sei sehr erheblich. Man habe daher eine Erleichterung des Budgets durch Herabsetzung der Beamtengehälter herbeiführen müssen. Andere Einsparungsmöglichkeiten gebe es nicht. Auch eine Einschränkung der Militärausgaben, die von 650 Millionen in der Vorjahreszeit auf etwa 5 Milliarden sinken seien, sei im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich, wo alle Mächte stark rüsteten, sowie sie auch von Frieden sprächen.

Neues vom Tage

Anschluß Lübeds an Hamburg?

Hamburg, 19. Dez. Schon seit einiger Zeit ist Lübeck mit Hamburg auf dem Gebiete des Gefängniswesens, der öffentlichen Heilanstalten, der Luftfahrt zusammen an die Uebernahme öffentlicher Aufgaben herangegangen. Jetzt scheinen die stärksten politischen Faktoren beider Länder, die Sozialdemokratische Partei in Hamburg und Lübeck, einen völligen Zusammenschluß der beiden Hansestädte, also einen Anschluß Lübeds an Hamburg, befürworten zu wollen.

Altensteig-Stadt

Bauplatz Verkauf.

Der ca. 2 ar 50 qm große städt. Platz bei der Backhütte soll als Bauplatz öffentlich verkauft werden. Liebhaber werden gebeten, sich bis spätestens 31. ds. Mts. beim Bürgermeisteramt zu melden.

Bürgermeisteramt:
gez. Pfizenmaier.

Amtsgericht Nagold.

Gerichtsdienst im Jahr 1931.

1. Die Verhandlungen in bürgerlichen Rechtsachen werden am Dienstag abgehalten, die Sitzungen des Amtsgerichts in Strafsachen am Donnerstag;
2. als Gerichtstag, an welchem mündliche Anfragen und Gesuche bei dem Richter vorgetragen, sowie Anträge und Gesuche, insbesondere auch Klagen zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle angebracht werden können, ist der Samstag Vormittag bestimmt; an anderen Wochentagen können nur dringliche mündliche Anfragen, Anträge und Gesuche entgegengenommen werden;
3. als Sprech- und Schlichtungstag des Friedensrichters ist ebenfalls der Samstag Vormittag bestimmt. Auf diese Gelegenheit, Rechtsstreitigkeiten ohne Prozeß zu erledigen, wird ausdrücklich hingewiesen;
4. der Gerichtstag in Altensteig wird am ersten Montag des Monats je nachmittags 2 Uhr abgehalten, im August fällt er aus; im Januar 1931 fällt er auf den zwölften;
5. der Gerichtsvollzieher in Nagold ist regelmäßig am Samstag Vormittag auf seinem Geschäftszimmer im Amtsgerichtsgebäude anzutreffen.

Den 17. Dezember 1930.

Amtsgerichtsrat Schlehner.

Was schenke ich
meinen Lieben
zu Weihnachten?

Besichtigen Sie meine Schaufenster, Sie werden Ihnen raten helfen, Sie finden für den Mann oder Sohn schöne Fischenden, Einjahrenden, Sportenden, Nachthemden, Unterhosen, Unterjacken, Socken, Sportstrümpfe, Sportstüßen, Gamaschen, Pullover, Westen, Taschentücher, Kragen und Cravatten, Kragen- und Cravattenkästen, Hosenträger, Schirme usw.

für die Gattin oder Tochter praktische Unterkleidung, Hemden, Blänkleider, Unterjacken, Unterhosen, Strickwesten, Strickjacken, Strümpfe für jeden Geschmack, Mäntel, Kleider, Kostüme, Röcke, Unterröcke, Schürzen, Handschuhe, Taschen, Schirme usw.

für den Haushalt, Vorhänge, Leinen, Baumwolltücher, Damaste, Tischdecken, Tischblätter, Tafeltücher, Servietten, Handtücher, Frotteiwäsche, Taschentücher, Wolldecken, Bettvorlagen, Läufer

für die Mädchen schöne V'egle-Kleidchen und Pullover, Stoffkleidchen, Samtkleidchen, Mäntelchen, Schürzen, Westen, Hüthen, Mützen, Handschuhe, Gamaschen, Strümpfe, Taschentücher, Schirme usw.

für die Knaben Bleines Knaben-Anzüge, Sweater- und Sweater-Anzüge, Pullover, Westen, Bojernermäntel, Hemden, Unterhosen, Strümpfe, Sportstüßen, Gamaschen, Mützen, Schals, Handschuhe, Taschentücher.

Besuchen Sie mich bitte, Sie werden sachmännisch und gut bedient

Reinh. Haber, Altensteig

Sonntags geschlossen!

Bitte die Einkäufe Werktags vornehmen zu wollen!

Frauenarbeitschule Altensteig

Am Sonntag, den 21. Dezember von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 5 Uhr im Zeichenaal der Gewerbeschule

Ausstellung

der Schülerinnenarbeiten

wozu freundlichst einladet

die Lehrerin: L. Stelger.

Freie Turnerschaft Altensteig.



Morgen Sonntag nachmittags 1/3 Uhr auf dem hiesigen Sportplatz

Freie Turner Altensteig 1



Strickwesten
Damenmäntel
Damen- und
Kinderkleider
zu ausnahmstweils billigen Preisen
Hans Schmidt.

Altensteig.

„Miele“

Milchzentrifugen
Buttermaschinen
hat zu Fabrikpreisen vorrätig.

Karl Hensler sen.
Eisenhandlung
beim neuen Postamt.

Berned.

Eine 37 Wochen trachtige

Schaff.



Kalbin

hat zu verkaufen

Gottlieb Wurfer.

Kirchliche Nachrichten.
Ev. Gottesdienst.

4. Advent, 21. Dezember, Vormittagsgottesdienst um 10 Uhr mit Predigt über: Matth. 3, 1-6: Ein Busprediger. Lied 139, 13. Nachher Kindergebetdienst. Nachm. 1/2 Uhr Christenlehre mit den Söhnen.

Abends 5 Uhr Kinderweihnacht in der Kirche.

Abends 1/8 Uhr Gemeinschaftsstunde.
Am Dienstag abend fällt die Bibelstunde aus.

Methodistengemeinde.
Sonntag, den 21. Dez. vormittags 9 1/2 Uhr Predigt
Vormittags 10 1/2 Uhr Sonntagschule.

Abends 7 1/2 Uhr Predigt.
Christfest, den 25. Dezember vorm. 9 1/2 Uhr Predigt nachm. 5 Uhr Sonntagsschulweihnachtsfeier.

Ehrliches, williges

Mädchen

nicht unter 17 Jahren, findet Stelle in kleiner Landwirtschaft. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Einen Posten

Damen- Hüte

fein einetroffen. Stück für Stück 5 Mk.

Hans Schmidt

Auf den Weihnachtstisch



jeder Dame gehören Wäsche, Strümpfe und Taschentücher.

Eine große Auswahl finden Sie zu niedersten Preisen bei

Chr.

Krauss.

Gottfried Lieb

Agathe Lieb

geb. Waldfisch

Vermählte

Freudenstadt

Hochdorf

Um mein großes Lager in

Spielwaren

zu reduzieren, habe ich die Preise für die meisten Artikel zurückgesetzt.

Besichtigen Sie bitte meine Ausstellung ohne Kaufzwang

J. Wurster's Nachf.



Wieder
eingetroffen!

- Dürkheimer offen Liter 60,-
- Reuer Rotwein Liter 45,-
- Griech. Dessertwein Liter 90,-
- Tarragoner Flasche 90,-

Luger-Niederlage in Pfalzgrafenweiler neu eröffnet.

Meistern.

Eine ältere, fehlerfreie

Schaff.



samt Kalb hat zu verkaufen
Frig Schleich.

Papierdärme

empfiehlt die
W. Nieker'sche Buchhandlg.
Altensteig.

Altensteig

Dankagung.

Allen, die uns bei unserem Brandunglück beigetragen sind, besonders der Freiwilligen Feuerwehr für ihr tatkräftiges Eingreifen ein herzliches

Bergelts Gott!

Chr. Rirn mit Familie.

Neue

Grammophon-Platten

für die Weihnachtsfeiertage empfiehlt die

W. Nieker'sche Buchhandlung, Altensteig

Altensteig.

Schöne
blühende Pflanzen
sowie Blattpflanzen
Frisches Gemüse

bei Gärtner Luz.

